

BID - Medieninformation vom 19.11.2012

Novellierung EnEG und EnEV

- **Energiepolitische Maßnahmen müssen wirtschaftlich und sozial ausgerichtet sein.**
- **Weitere Verschärfungen verteuern den Neubau von bezahlbarem Wohnraum.**

Berlin – Heute findet auf Einladung des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) und des Bundesbauministeriums (BMVBS) die Anhörung der Verbände zur Novellierung des Energieeinsparungsgesetzes (EnEG) und der Energieeinsparverordnung (EnEV) statt.

„Energieeffizienz ist ein wichtiges und erstrebenswertes Ziel für die Immobilienwirtschaft. Aber alles hat seine Grenzen, denn steigende Anforderungen bedeuten unweigerlich steigende Kosten. Das Wirtschaftlichkeitsgebot ist ein maßgebliches Kriterium für Investitionen in energetische Maßnahmen. Bevor das Wohnen in Deutschland zum Luxus wird, muss es Alternativen zu den stetigen Verschärfungen geben“, fordert Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des BFW.

In Deutschland besteht besonders in wachsenden Regionen ein zunehmender Bedarf an bezahlbarem Wohnraum, der nur über den Neubau gedeckt werden kann. Die geplante Verschärfung der EnEV in zwei Stufen (2014 und 2016) um jeweils 12,5 Prozent fördert hingegen verstärkt den Neubau im hochpreisigen Segment, so dass sich die Wohnungssituation für Menschen mit mittleren Einkommen zuspitzt. Die BID begrüßt daher, dass es wenigstens für Bestandsbauten keine weitere Verschärfung in der EnEV geben soll.

„Energieeinsparung ist mehr als Dämmen! Sie darf nicht singulär für sich stehen, sondern muss ausgewogen im Kontext weiterer wesentlicher Bestandteile des Wohnens gesehen werden“, so Rasch. Im Hinblick auf energetische Sanierungen sei nicht nur die so wichtige Refinanzierbarkeit zu betrachten. Ein optimales Verhältnis von Kosten und Einsparung würde auch finanziellen Spielraum für andere, ebenfalls sehr wichtige Zukunftsaufgaben wie die Bewältigung des demografischen Wandels lassen.

„Es muss endlich Schluss sein mit der ewigen Schrauberei an der Energieeinsparverordnung. Immer offensichtlicher werden die dadurch verstärkten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schief lagen. Die Politik muss sich jetzt stärker denn je Alternativen oder neuen Konzepten öffnen und nicht ihre energiepolitischen Ziele maßgeblich über die Fassadendämmung abhandeln“, mahnte der BID-Vorsitzende an.

Die Positionen der BID zum EnEG und der EnEV können Sie im Einzelnen in der Stellungnahme nachlesen, die unter www.bid.info abrufbar ist.

Die BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland ist ein Zusammenschluss aus den Verbänden BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA. Mit der BID sind die wichtigsten Verbände der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft unter ein Dach getreten, um mit gebündelten Kräften gemeinsame inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:

Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 – 110

Fax +49 (0)30 32781 – 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland IVD
Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss